

Vereinbarung
zur Gründung
des Oberrheinrates

Convention
de création
du Conseil Rhéнан

Vereinbarung

zur Gründung des Oberrheinrates

Präambel

Im Geiste des am 23. Januar 1996 unterzeichneten Karlsruher Abkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit richten die Unterzeichner ein grenzüberschreitendes Gremium zur politischen Beratung ein: den Oberrheinrat.

1. Kapitel: Grundlagen

Artikel 1 – Ziele

Im Oberrheinrat schließen sich nach näherer Maßgabe der folgenden Bestimmungen Gewählte, die die Bevölkerung des Oberrheingebiets vertreten, zusammen, um als Beratungs- und Koordinierungsorgan

- den Austausch auf dem Gebiet der politischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern und zu vertiefen,
- Initiativen für gemeinsame grenzüberschreitende Projekte regionaler und kommunaler Art zu entwickeln,
- eine harmonische und kohärente Entwicklung der oberrheinischen Gebiete zu fördern und zu unterstützen und
- die Aktivitäten der Oberrheinkonferenz hinsichtlich der Ziele und Maßnahmen zu begleiten.

Artikel 2 – Gebiet

Der Oberrheinrat ist für folgende Gebiete zuständig:

- die Region Elsaß,
- vom Land Baden-Württemberg die Regionen Mittlerer Oberrhein und Südlicher Oberrhein sowie von der Region Hochrhein-Bodensee die Landkreise Lörrach und Waldshut,
- vom Land Rheinland-Pfalz aus der Region Rheinpfalz der Raum Südpfalz mit den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim sowie der Kreisfreien Stadt Landau und die Verbandsgemeinden Dahn und Hauenstein aus der Region Westpfalz,
- die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau, Jura und Solothurn.

Artikel 3 – Mitglieder

(1) Der Oberrheinrat setzt sich zusammen aus einer baden-württembergischen, elsässischen, rheinland-pfälzischen und schweizerischen Delegation.

Die Delegationen umfassen

- 26 Mitglieder für das Land Baden-Württemberg,
- 26 Mitglieder für die Region Elsaß,

- 8 Mitglieder für das Land Rheinland-Pfalz,
- 11 Mitglieder für die Nordwestschweiz.

(2) Die einzelnen Delegationen setzen sich wie folgt zusammen:

a) Baden-Württemberg

- 16 Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg,
- 3 Vertreter der Stadtkreise Karlsruhe, Baden-Baden und Freiburg,
- 7 Vertreter der Landkreise Karlsruhe, Rastatt, Ortenaukreis, Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach und Waldshut;

b) Elsaß

- der Präsident des Conseil Régional d'Alsace,
- der Erste Vizepräsident des Conseil Régional d'Alsace, zuständig für internationale Angelegenheiten
- 8 Regionalräte,
- 4 Generalräte des Bas-Rhin,
- 4 Generalräte des Haut-Rhin,
- 4 Bürgermeister aus dem Département Bas-Rhin, darunter der Bürgermeister der Stadt Strasbourg,
- 4 Bürgermeister aus dem Département Haut-Rhin, darunter die Bürgermeister der Städte Colmar und Mulhouse;

c) Rheinland-Pfalz

- 5 Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz,
- 3 Vertreter aus den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim, der Kreisfreien Stadt Landau und den Verbandsgemeinden Dahn und Hauënsstein;

d) Nordwestschweiz

- 3 Mitglieder des Landrats des Kantons Basel-Landschaft,
- 3 Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt,
- 3 Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Aargau,
- 1 Mitglied des Parlaments des Kantons Jura,
- 1 Mitglied des Kantonsrates des Kantons Solothurn.

(3) Die Benennung der Mitglieder der einzelnen Delegationen bestimmt sich nach den Regeln, die die jeweiligen Vertretungskörperschaften hierfür vorsehen. Die Mitglieder müssen Gewählte sein.

Artikel 4 – Aufgaben

Der Oberrheinrat behandelt grenzüberschreitende Fragen auf folgenden Gebieten:

- Raumordnung
- Umwelt
- regionale Wirtschaftspolitik
- Landwirtschaft
- Energie
- Verkehr, Nachrichtenwesen
- Arbeits- und Sozialfragen, insbesondere der Grenzgänger
- Ansiedlung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe
- Städtebau und Siedlungswesen, Wohnungsbau, Bodenpolitik
- Unterricht, Sprache, Berufsbildung und Forschung
- Kultur, Freizeit, Sport und Fremdenverkehr
- Gesundheitswesen
- Katastrophenhilfe
- sonstige Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Artikel 5 – Mittel

(1) Der Oberrheinrat faßt im Rahmen seiner Ziele und Aufgaben Beschlüsse sowie Empfehlungen, die sich insbesondere an die Oberrheinkonferenz, an die zuständigen nationalen, kantonalen und Landesregierungen und deren Stellen sowie an die europäischen, regionalen, lokalen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen richten.

(2) Der Oberrheinrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder geändert werden kann.

(3) Der Oberrheinrat kann eines seiner Mitglieder oder die entsprechende Vertretungskörperschaft um die Ausführung von Beschlüssen bitten.

2. Kapitel: Arbeitsweise

Artikel 6 – Sitzungen des Oberrheinrates

Der Oberrheinrat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Er ist vom Präsidenten einzuberufen, wenn dies ein Viertel seiner Mitglieder verlangt.

Die Sitzungen finden in dem Kanton, Land oder in der Region statt, wo der jeweilige Präsident seinen Sitz hat.

Artikel 7 – Präsident

Der Präsident wird vom Oberrheinrat aus seiner Mitte für ein Jahr gewählt. Jedes Jahr ist unter den Delegationen zu wechseln, wobei diese in der Regel nach ihrer Stärke berücksichtigt werden sollen. Der Präsident sorgt dafür, daß die Beschlüsse und Empfehlungen des Oberrheinrates an die zuständigen politischen und administrativen Stellen weitergeleitet werden.

Artikel 8 – Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, drei Vizepräsidenten und drei weiteren Mitgliedern, jeweils ein Mitglied von deutscher, französi-

scher und Schweizer Seite. Jede Delegation bestimmt einen Vizepräsidenten, sofern sie nicht den Präsidenten stellt. Dem Vorstand können außerdem mit beratender Stimme je ein Vertreter der grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften (Artikel 12) angehören.

(2) Der Vorstand stellt die Tagesordnung der Sitzungen des Oberrheinrates und den Entwurf seines Haushaltsplans auf. Er unterstützt den Präsidenten in der Führung der Geschäfte.

Artikel 9 – Beschlussfassung des Oberrheinrates

(1) Der Oberrheinrat faßt seine Beschlüsse und Empfehlungen grundsätzlich im Einvernehmen. Ist dies nicht herstellbar, beschließt er mit zwei Dritteln der Anwesenden, mindestens aber der Hälfte seiner Mitglieder.

(2) Die Mitglieder des Oberrheinrates tragen dafür Sorge, daß die vom Oberrheinrat gefaßten Beschlüsse und Empfehlungen in ihren entsendenden Gremien beraten werden.

Artikel 10 – Kommissionen

Der Oberrheinrat bildet zur Vorbereitung seiner Beschlüsse und Empfehlungen ständige Kommissionen und Ad-hoc-Kommissionen. Insbesondere richtet der Oberrheinrat eine Geschäftsordnungskommission ein.

Artikel 11 – Einberufung der Kommissionen

Die Kommissionen werden von ihrem Vorsitzenden mit einem Entwurf der Tagesordnung für die Sitzung einberufen.

Artikel 12 – Zusammenarbeit mit den grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften

(1) Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse und Empfehlungen stützt sich der Oberrheinrat, sofern nötig, auf die Aktivitäten der bestehenden oder zu gründenden grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften. Der Oberrheinrat pflegt einen ständigen Informationsaustausch mit diesen Arbeitsgemeinschaften und arbeitet eng mit ihnen zusammen. Zu diesem Zweck können Vertreter der regionalen Arbeitsgemeinschaften zu den Sitzungen des Oberrheinrates oder seiner Kommissionen als sachverständige Auskunftspersonen eingeladen werden.

(2) Die grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften umfassen folgende Teilgebiete:

– Arbeitsgemeinschaft PAMINA:

im Elsaß die Arrondissements von Wissembourg, Haguenau und Saverne,

in Rheinland-Pfalz der Raum Südpfalz aus der Region Rheinpfalz sowie der Mittelbereich Dahn aus der Region Westpfalz,

in Baden-Württemberg die Region Mittlerer Oberrhein;

– *Arbeitsgemeinschaft Strasbourg-Ortenau:*

im Elsaß die Arrondissements von Strasbourg-Ville, Strasbourg-Campagne, Molsheim und Sélestat-Erstein,

in Baden-Württemberg der Ortenaukreis und der Landkreis Emmendingen;

– *Arbeitsgemeinschaft Süd-Dreiländereck:*

im Elsaß die Arrondissements von Ribeauvillé, Colmar, Guebwiller, Mulhouse, Thann und Altkirch,

in Baden-Württemberg der Stadtkreis Freiburg, die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Lörrach und Waldshut,

in der Schweiz die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau, Jura und Solothurn.

Sollte durch eine Änderung des Zuschnitts dieser Teilgebiete ein viertes grenzüberschreitendes Teilgebiet gebildet werden, wird auch der hier nach zu gründenden, weiteren Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit der Zusammenarbeit eingeräumt.

(3) Die grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften, die nach den Bedürfnissen und Interessen ihres Teilgebiets zusammengesetzt sind, befassen sich mit den Fragen, die in ihrem Teilgebiet auftreten, und können dem Oberrheinrat Berichte und Beschlussempfehlungen vorlegen.

(4) Mitglieder des Oberrheinrates aus dem jeweiligen Teilgebiet können auch Mitglieder der entsprechenden Arbeitsgemeinschaft sein.

(5) Die grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsgemeinschaften können einen Gewählten als Vertreter in den Vorstand nach Maßgabe des Artikels 8 Abs. 1 Satz 3 entsenden.

3. Kapitel: Sekretariat, Finanzierung, Inkrafttreten

Artikel 13 – Sekretariat

Der Oberrheinrat wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben durch ein Sekretariat unterstützt. Vorbehaltlich der Geschäftsordnung wird es von der Delegation, die den Präsidenten stellt, wahrgenommen. Die im Oberrheinrat vertretenen Körperschaften arbeiten mit dem Sekretariat zusammen.

Artikel 14 – Finanzierung

Die Delegationen tragen im Verhältnis ihrer Mitglieder die laufenden Kosten des Oberrheinrates. Jede Delegation regelt in eigener Verantwortung die Aufbringung ihres Kostenanteils, insbesondere die Aufteilung auf die vertretenen Körperschaften.

Artikel 15 – Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am Tage ihrer Unterschrift in Kraft. Durch die Benennung von Mitgliedern in den Oberrheinrat wird den Bestimmungen dieser Vereinbarung zugestimmt.

Convention de création du Conseil Rhénan

Préambule

Dans l'esprit de l'Accord de Karlsruhe sur la coopération transfrontalière signé le 23 janvier 1996, les signataires de la présente convention instaurent un organe transfrontalier de concertation politique dénommé „Conseil Rhénan“.

Chapitre 1: les fondements

Article 1 – objectifs

Le Conseil Rhénan réunit, selon les dispositions suivantes, des élus représentant les intérêts de la population du Rhin Supérieur. Il a pour objectifs:

- de développer et d'approfondir les échanges dans le domaine de la coopération politique transfrontalière,
- de proposer toute initiative en faveur de projets transfrontaliers à l'échelle régionale et communale,
- de soutenir le développement harmonisé et cohérent du territoire concerné,
- d'accompagner les travaux de la Conférence du Rhin Supérieur, notamment au niveau des buts poursuivis et des mesures prises par celle-ci.

Article 2 – territoire

Le Conseil Rhénan étend son activité sur le territoire suivant:

- la région Alsace,
- les régions Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, les Landkreise Waldshut et Lörrach de la région Hochrhein-Bodensee pour le Baden-Württemberg,
- la région Südpfalz avec les Landkreise Südliche Weinstrasse et Gernersheim, la ville de Landau et les communes Dahn et Hauenstein de la région Westpfalz, pour le Rheinland-Pfalz,
- les cantons de Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Argovie, Jura et Soleure.

Article 3 – membres

(1) Le Conseil Rhénan est composé d'une délégation française, d'une délégation du Baden-Württemberg, d'une délégation du Rheinland-Pfalz et d'une délégation suisse.

Les délégations comportent

- 26 membres pour le Land Baden-Württemberg,
- 26 membres pour la région Alsace,

- 8 membres pour le Land Rheinland-Pfalz,
- 11 membres pour la Suisse du Nord-Ouest.

(2) Les trois délégations sont composées comme suit:

a) Baden-Württemberg

- 16 membres du Landtag du Baden-Württemberg,
- 3 représentants des Stadtkreise Karlsruhe, Baden-Baden et Freiburg,
- 7 représentants des Landkreise Karlsruhe, Rastatt, Ortenaukreis, Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach et Waldshut,

b) Alsace

- le Président du Conseil Régional d'Alsace,
- le Vice-Président du Conseil Régional d'Alsace chargé des affaires internationales,
- 8 Conseillers Régionaux,
- 4 Conseillers Généraux du Bas-Rhin,
- 4 Conseillers Généraux du Haut-Rhin,
- 4 Maires du département du Bas-Rhin, dont le Maire de la Ville de Strasbourg,
- 4 Maires du département du Haut-Rhin, dont les Maires des Villes de Colmar et Mulhouse,

c) Rheinland-Pfalz

- 5 membres du Landtag du Rheinland-Pfalz,
- 3 représentants des Landkreise Südliche Weinstrasse et Gernersheim, de la ville de Landau et des communes Dahn et Hauenstein,

d) Suisse du Nord-Ouest

- 3 membres du Landrat de Bâle-Campagne,
- 3 membres du Grossrat de Bâle-Ville,
- 3 membres du Grosser Rat de l'Argovie,
- 1 membre du Parlement du Jura,
- 1 membre du Kantonsrat de Soleure.

(3) La nomination des membres dans les délégations se fait selon les règles en vigueur dans chacune des collectivités. Les membres du Conseil Rhénan sont obligatoirement des élus.

Article 4 – domaines d'action

Le Conseil Rhénan traite des questions transfrontalières dans les domaines suivants:

- l'aménagement du territoire,
- l'environnement,
- la politique économique régionale,
- l'agriculture,
- l'énergie,
- les transports et les communications,
- l'emploi et les affaires sociales, notamment les travailleurs frontaliers,
- les implantations industrielles et agricoles,
- l'urbanisme et l'habitat, la construction de logements, la politique foncière,
- l'enseignement, la formation professionnelle et la recherche,
- la culture, les loisirs, les sports et le tourisme,
- la santé et la protection sanitaire,
- l'entraide en cas d'urgence,
- toutes les questions relatives à la coopération transfrontalière.

Article 5 – moyens

(1) Dans la limite de ses objectifs et de ses domaines d'activité, le Conseil Rhénan prend des résolutions et des recommandations qui s'adressent principalement à la Conférence du Rhin Supérieur, aux gouvernements nationaux, cantonaux et des Länder, ainsi qu'aux autorités européennes, régionales, locales et aux établissements publics concernés.

(2) Le Conseil Rhénan se dotera d'un règlement intérieur qui ne pourra être modifié qu'à la majorité des 2/3 de ses membres.

(3) Le Conseil Rhénan peut mandater l'un de ses membres ou la collectivité qu'il représente, pour mettre en oeuvre une résolution.

Chapitre 2: fonctionnement

Article 6 – réunions du Conseil Rhénan

Le Conseil Rhénan se réunit au moins deux fois par an à l'initiative du Président. Le Président réunit également le Conseil Rhénan à la demande d'un quart de ses membres.

Les réunions ont lieu dans le Land, canton ou région où le Président en titre exerce son mandat.

Article 7 – Président

Le Conseil Rhénan élit en son sein son Président pour une durée d'un an. La Présidence est annuellement tournante entre les délégations. Il est tenu compte de l'importance en nombre des membres des délégations pour déterminer la Présidence à venir. Il veillera en particulier à faire connaître aux instances politiques ou administratives concernées les positions et résolutions prises par le Conseil.

Article 8 – Bureau

(1) Le Bureau est composé du Président, de trois Vice-Présidents, et de trois autres membres, un français, un allemand et un suisse. Les délég-

tions n'assurant pas la présidence du Conseil désignent chacune un Vice-Président. Chacune des trois communautés de travail transfrontalières (article 12) peut se faire représenter au Bureau par l'un de ses membres qui disposera d'une voix consultative.

(2) Le Bureau élabore les ordres du jour des réunions et le projet de budget du Conseil Rhénan. Elle apporte un soutien actif au Président dans la gestion courante.

Article 9 – prise de résolution

(1) En principe, le Conseil Rhénan prend des résolutions et recommandations sur la base du consensus. Si le consensus ne peut être obtenu, il prend les résolutions et recommandations à la majorité des 2/3 des membres présents qui doit au moins correspondre à la moitié de ses membres.

(2) Les institutions représentées au Conseil Rhénan veillent à délibérer dans les meilleurs délais sur les sujets évoqués et les résolutions prises par le Conseil Rhénan.

Article 10 – commissions

Pour la préparation de ses résolutions et recommandations, le Conseil Rhénan met en place des commissions thématiques permanentes ou des commissions ad-hoc. Il mettra en place une commission particulière compétente pour les aspects relatifs à son règlement intérieur.

Article 11 – réunions des commissions

Les commissions sont réunies à l'initiative de leur Président. L'invitation comporte un projet d'ordre du jour.

Article 12 – Coopération avec les communautés de travail transfrontalières

(1) Pour la préparation de ses résolutions et recommandations, le Conseil Rhénan prend appui, chaque fois que cela s'avère nécessaire, sur les activités des communautés de travail transfrontalières existantes ou à créer. Il entretient un échange d'information régulier et coopère étroitement avec elles. A cet effet, il peut inviter à ses réunions, ou à celles de ses commissions, en qualité d'experts, des représentants des communautés de travail transfrontalières.

(2) Ces communautés de travail transfrontalières couvrent les secteurs suivants:

– la communauté de travail PAMINA:

en Alsace, les arrondissements de Wissembourg, Haguenau et Saverne;

en Rheinland-Pfalz, le secteur Südpfalz de la région Rheinpfalz et le secteur Dahn de la région Westpfalz;

en Baden-Württemberg, la région Mittlerer Oberrhein;

– *la communauté de travail Strasbourg-Ortenau:*

en Alsace, les arrondissements de Strasbourg-Ville, Strasbourg-Campagne, Molsheim et Sélestat-Erstein;

en Baden-Württemberg, l'Ortenaukreis et le Landkreis Emmendingen;

– *la communauté de travail sud-Regio des Trois Frontières:*

en Alsace, les arrondissements de Ribeauvillé, Colmar, Guebwiller, Mulhouse, Thann et Altkirch;

en Baden-Württemberg, le Stadtkreis Freiburg, les Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Lörrach et Waldshut;

en Suisse, les cantons de Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Jura et Soleure.

Si une quatrième communauté de travail était créée suite à une redéfinition des périmètres de celles déjà existantes, la possibilité de coopérer avec le Conseil Rhénan serait également offerte à cette nouvelle communauté de travail.

(3) Les communautés de travail locales, composées selon les besoins et les intérêts de leur secteur, traitent des questions propres à leur secteur géographique et peuvent en référer au Conseil Rhénan sous forme d'un projet de résolution ou d'un compte-rendu.

(4) Les membres du Conseil Rhénan peuvent être membres de la communauté de travail transfrontalière dans laquelle ils exercent leur mandat.

(5) Les communautés de travail transfrontalières peuvent déléguer l'un de leurs membres élus au Bureau du Conseil Rhénan selon les dispositions de l'article 8, alinéa 1, 3ème phrase.

Chapitre 3: secrétariat, financement, divers

Article 13 – secrétariat

Le Conseil Rhénan bénéficie du soutien d'un secrétariat pour la réalisation de ses tâches. Sous réserve des dispositions contenues dans le règlement intérieur, le secrétariat est assurée par la délégation qui assume la Présidence. Les autres institutions représentées au Conseil Rhénan coopèrent avec le secrétariat.

Article 14 – financement

Les frais de fonctionnement du Conseil Rhénan sont supportés par les délégations. Chaque délégation apporte, sous sa propre responsabilité, sa contribution au Conseil Rhénan et détermine, s'il y a lieu, la clé de répartition interne à la délégation.

Article 15 – entrée en vigueur

La présente convention entre en vigueur le jour de sa signature. La désignation de délégués au Conseil Rhénan vaut adhésion aux termes de la présente convention.

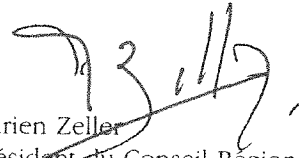
Baden-Baden, den 16. Dezember 1997
Baden-Baden, le 16 décembre 1997

Für Baden-Württemberg



Peter Straub
Präsident des Landtags

Pour l'Alsace



Adrien Zeller
Président du Conseil Régional
d'Alsace

Für Rheinland-Pfalz



Peter Schuler
Vizepräsident des Landtags

Für den Kanton Basel-Stadt



Margrit Spörri
Präsidentin des Grossen Rates

*Für den Kanton Basel-
Landschaft*



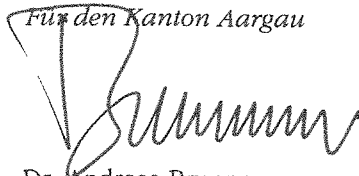
Heidi Tschopp
Präsidentin des Landrats

*Pour la République et Canton
du Jura*



Claude Laville
Président du Parlement

Für den Kanton Aargau



Dr. Andreas Brunner
Präsident des Grossen Rates

Für den Kanton Solothurn



Josef Goetschi
Präsident des Kantonsrates